

Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten

Prof. Horst Gischer, Universität Magdeburg

Freihandel steigert die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt nur, wenn er sinnvoll organisiert ist.



Die Vorbehalte gegen die geplanten Freihandelsabkommen sind groß # auch bei dieser Demonstration vor dem europäischen Parlament.

(dpa)

Auch heute noch gilt Adam Smiths Monographie zum „Wohlstand der Nationen“ aus dem Jahr 1776 als eine Art Bibel der # modernen # Volkswirtschaftslehre. Der Autor stellt insbesondere die Vorteile einer möglichst ungestörten Marktwirtschaft sowie die Bedeutung der Arbeitsteilung heraus. Etwa 40 Jahre später erweiterte David Ricardo in einer ebenso bahnbrechenden Schrift das Phänomen der # komparativen # Kostenvorteile auf den Außenhandel. Seitdem gelten intensive grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen als eine wichtige Grundlage für Prosperität und Wachstum.

Allerdings können dem beschriebenen Nutzen des internationalen Handels # zumindest kurzfristig # auch gravierende Nachteile entgegenstehen. Das kostengünstigere ausländische Angebot kann inländische Produzenten verdrängen und zu branchenspezifischer Arbeitslosigkeit führen. Überdies entstehen bei konsequenter internationaler Arbeitsteilung dauerhafte Abhängigkeiten und damit auch wirtschaftspolitische Risiken. Folgerichtig zeugt der Blick auf die jüngere Vergangenheit von regelmäßigen Einschränkungen des grenzüberschreitenden Handels, etwa durch Steuern und Zölle oder quantitative und qualitative Restriktionen.

Um den letztendlich positiven ökonomischen Auswirkungen der internationalen Arbeitsteilung den benötigten Raum zu verschaffen, wird gegenwärtig eine Reihe von Freihandelsabkommen diskutiert. Zu den bekanntesten gehören die angestrebten Vereinbarungen mit den USA, die sogenannte Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), und mit Kanada im sogenannten Comprehensive Economic and Trade Agreement (Ceta). Allerdings werden die teils seit 2009 laufenden Verhandlungen über ein Vertragswerk auf EU-Ebene von massiven Protesten von Experten und interessierten Bürgern begleitet. Befremdlich erscheint darüber hinaus die hohe Geheimhaltungsstufe einzelner Details der geplanten Absprachen, die eine sachkundige und konstruktive Diskussion der Inhalte nachhaltig behindert.

Grundsätzlich sollen Freihandelsabkommen die eingangs skizzierten ökonomischen Vorteile garantieren. Diese stellen sich dann # und streng genommen nur dann # ein, wenn alle Beteiligten auf eine weitgehend freie nationale Marktwirtschaft vertrauen – ohne staatliche Subventionen und sonstige Eingriffe. Abweichungen von dieser Vorgehensweise führen zu zwischenstaatlichen Ungleichgewichten, wenn etwa in einem Land die Herstellung eines Produkts öffentlich gefördert wird und damit kostengünstiger ist als in einer Konkurrenzökonomie. Diese Form von „Dumping“ führt zu Fehlallokationen und vernichtet möglicherweise dauerhaft wettbewerbsfähige Kapazitäten im Ausland.

Diese Gefahr aber zum Anlass zu nehmen, Bereiche der staatlichen Daseinsvorsorge wie Elektrizität, Wasser, Abfallbeseitigung gleichsam per Zwang zu privatisieren, wie etwa beim Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services, Tisa) zu befürchten, würde das Kind mit dem Bade ausschütten. Gerade die in Deutschland zu beobachtende Tendenz zur Rekommunalisierung verdeutlicht, dass dauerhaft eine zufriedenstellende Bereitstellung (quasi-)öffentlicher Güter durch private Anbieter nur schwer erreichbar ist.

Zu warnen ist, nicht nur aus ökonomischer Perspektive, vor der Einführung einer „Nebenjustiz“ zur Lösung von Problemen unterschiedlicher industrierechtlicher Regelungen, etwa bei Qualitätsnormen oder Marktzulassung einzelner Güter, beispielsweise gentechnisch manipulierter Produkte. Privatisierte Gremien mit legislativer Kompetenz ohne staatliche Kontrolle sind systematische Fremdkörper in einem rechtsstaatlichen Umfeld. Hier gilt es den Anfängen zu wehren, um spätere – in der Regel zeitaufwändige und teure – Auseinandersetzungen zu vermeiden. Nur sinnvoll organisiert macht Freihandel wirklich Sinn.